

INITIATIVE **RECHTE** statt **RESTE**

PRESSEMITTEILUNG

München / Nürnberg, 1.4.2020

Initiative fordert Corona-Zuschlag für Arme

Kirchlich-gewerkschaftliches Bündnis „Rechte statt Reste!“ startet angesichts des Shutdowns der Tafeln eine Online-Petition. Gefordert sind 100 Euro Soforthilfe für jeden Empfänger von Grundsicherung

Die Bundesregierung stellt in diesen Tagen Milliardensummen zur Rettung von Unternehmen und Arbeitsplätzen zur Verfügung. Doch nicht nur die Wirtschaft erlebt einen Shutdown, auch die Infrastruktur für bedürftige Menschen wird von der Corona-Pandemie empfindlich getroffen.

Besonders dramatisch wirkt sich die Schließung zahlloser Lebensmitteltafeln, Suppenküchen und Mittagstischen überall in Deutschland aus. Millionen Menschen, die am Existenzminimum leben, sind regelmäßig auf solche Lebensmittelpenden und kostenlose Mahlzeiten angewiesen. Diese Menschen dürfen nicht vergessen werden, auch für sie braucht es ein Rettungspaket.

Unter der Überschrift „Geschlossene Tafeln - wir fordern 100 Euro Soforthilfe für Arme in der Coronakrise!“ hat die kirchlich-gewerkschaftliche Initiative Rechte statt Reste nun auf change.org/CoronaZuschlag eine an die Bundesminister Hubertus Heil und Olaf Scholz gerichtete Online-Petition gestartet. Bis zum Ende der Coronakrise soll die Regierung bedürftigen Haushalten 100 Euro pro Person monatlich zusätzlich zur Grundsicherung auszahlen. Die Initiative versucht nun zunächst bis Ostern möglichst viele Unterstützer zu gewinnen.

„Rechte statt Reste“ ist ein bayerisches Bündnis aus acht kirchlichen und gewerkschaftlichen Organisationen, darunter ver.di, Diakonie und Caritas. Es tritt für eine Neuberechnung und Erhöhung der Grundsicherung in Deutschland ein.

Ansprechpartner zu dieser Pressemitteilung:

Philip Büttner, kda Bayern, 0176 81133690
Willibald Strobel-Wintergerst, Caritas München, 0175 2981640
Daniel Wagner, Diakonisches Werk Bayern, 0160 4786853

facebook.com/rechtestattreste



Diakonie
Bayern



kda
Kirche + Arbeit

